

Vom Sinn und Unsinn der Studiengebühren

Die zur Zeit brennendsten Fragen für alle Studierenden Österreichs betrifft die vor zwei Wochen völlig überraschend im Ministerrat beschlossenen Studiengebühren. Wie sinnvoll sind sie? Werden sie wirklich etwas verändern? Kann ich mir mein Studium noch leisten? Und: Was kann getan werden, um sie zu verhindern?

Wer soll sie zahlen ?

Die Antwort ist einfach: alle. 10.000 öS pro Jahr von jedem; unabhängig von Studium (also auch von der Mindestzeit – z.B. ist dann BWL „billiger“ als Medizin), Alter, Staatsbürgerschaft; Universität oder Fachhochschule. Einzige Ausnahme: Pädaks und die anderen Akademien. Stipendienbezieher sollen entsprechend mehr Stipendium bekommen; eine soziale Staffelung egal welcher Art ist nicht vorgesehen.

„10.000 öS pro Jahr von jedem; unabhängig von Studium, Alter, Staatsbürgerschaft; Universität oder Fachhochschule“

Was sollen sie bringen ?

Vor allem eines: *Geld*. Und hier könnte schon der erste Knackpunkt liegen. Zur Zeit studieren etwa 230.000 (macht 2,3 Milliarden). Eine Milliarde soll für's Budget sein, eine Milliarde für die Unis, und für mehr Stipendien soll es auch Geld geben (5% mehr als jetzt sollen ein Stipendium bekommen – und somit auch keine Studiengebühren zahlen.) Jetzt alle mitrechnen: Allein damit die (dann insgesamt 18%) Stipendienbezieher keine Studiengebühren zahlen, sind knapp 450 Millionen notwendig (plus die Stipendien für die 5% und die Erhöhung der Stipendien für die anderen). 43% studieren laut Regierung „gar nicht richtig“ – ein paar von denen werden dann wohl auch nicht mehr dabei sein. Auch wenn man's nur vage abschätzt: Irgendwas geht sich da nicht aus – und das ist noch der optimistische Blickwinkel.

Außerdem: *Leistungsanreize* (die Leute sollen schneller studieren,

weil je länger desto teurer – das heißt aber für viele: je teurer, desto mehr arbeiten desto länger desto teurer desto mehr arbeiten...

Und auch: *Qualitätssteigerung* an den Universitäten (mehr Prüfungen, Laborplätze, Studium in Mindestzeit studierbar). Die Regierung geht davon aus, daß die Studierenden als Zahlende (vom System und den Professoren Abhängige) „das ihnen Zustehende dann auch einfordern werden“. Also: selbst ist der Mann/die Frau! Auf daß uns die pragmatisierten Professoren freundlich lächelnd um Verzeihung bitten und versprechen mögen, in Zukunft alles zu tun, damit wir in unseren Studien so schnell als möglich weiterkommen... (Diesbezüglich befinden wir uns an der TU sogar noch auf einer Insel der Seligen – man frage einen beliebigen KF-Studierenden...).

An dieser Stelle möchte ich den Mythos von der Universitätsmilliarde etwas entzaubern: Jeden, der glaubt, daß damit endlich genug Geld da ist, daß alles neu und anders wird, muß ich leider enttäuschen. Im Budget für das Jahr 2000 wurde den Universitäten exakt eine Milliarde Schillinge aus dem Investitionsbudget gestrichen. Von der ab dem Jahr 2002 erwarteten „zusätzlichen Milliarde für Investitionen an den Universitäten“ wollen auch die Fachhochschulen einen Teil abhaben, da ja auch die Fachhochschüler zahlen sollen. Ergo: Ab 2002 haben die Unis immer noch weniger Geld als vor dem Budget 2000 – es bleibt also bestenfalls alles beim alten.

Was werden sie bringen?

Die Folgen, die Studiengebühren haben werden, sind naheliegend:

- Es wird weniger Studienanfänger geben. Das ist eine Tatsache; vor allem HTL-Absolventen werden verstärkt nach der Matura zu arbeiten beginnen. Und trotz aller Beteuerungen seitens der Regierung: Manche werden es sich auch einfach nicht mehr leisten können.

- Dadurch wird es auch weniger Absolventen und somit weniger hochqualifizierte Fachkräfte geben. Von Seiten der Wirtschaft gibt es schon erste Ideen, möglicherweise gezielt Studiengebühren zu übernehmen (z.B. von Informatikstudierenden). Österreich hat übrigens jetzt schon die niedrigste Akademikerquote der OECD – etwa die gleiche wie die Türkei.

- Der Einbruch der Studierendenzahlen wird manchen Universitäten massive Probleme verursachen; vor allem solchen, die Studien mit hohen Durchschnittsdauern und direkte Konkurrenz durch Fachhochschulen haben – also den auch den Technischen Universitäten.

- Die bei allen Firmen so gefragten Zusatzqualifikationen (zusätzlich belegte Lehrveranstaltungen wie Sprachen, Wirtschaft, Recht, Auslandssemester, Praxiserfahrung) kosten Studienzeit; und ab 2001 ist Zeit buchstäblich Geld. Das kann dann jeder für sich entscheiden – niedriger qualifiziert, oder halt länger zahlen.

- Auf lange Sicht verliert der Staat auch selbst. Akademiker haben zwar im Schnitt kein höheres Lebens Einkommen als z.B. ein HTL-Absolvent, der gleich zu arbeiten beginnt, zahlen aber ungleich mehr Steuern – um so viel mehr, daß es die Kosten ihrer Ausbildung weit mehr als aufwiegt.

„Im Budget für das Jahr 2000 wurde den Universitäten exakt eine Milliarde Schillinge aus dem Investitionsbudget gestrichen.“

A propos Ausbildungskosten: Ein zur Zeit von den Regierungsparteien genüßlich in den Medium breitgetretenes Argument – nämlich daß ein Studierender pro Semester 200.000 bis 300.000 öS kostet – ist mehr als nur weit hergeholt (man dividiere sämtliche Kosten des Universitätssystems inklusive Lehrklinikskosten durch die Gesamtzahl der Studierenden) und weit von der Realität entfernt: Bezieht man den Forschungsbetrieb u.ä. in die Rechnung mit ein, kostet ein Studierender ca. 40.000 öS pro Jahr – weniger als ein Schüler. Es stellt sich die dringende Frage, wieviel einem modernen Staat sie Bildung seiner Bürger wert ist.

Gerade in einem Land wie Österreich stellt Bildung ein unentbehrliches Gut dar, daß keinesfalls für fiskalpolitische Maßnahmen leichtsinnig aus Spiel gesetzt werden darf. Genau darum handelt es sich nämlich – und die zahlreichen Argumente der Regierungsparteien sind viel zu schwammig und weit hergeholt, um davon ablenken zu können. Davon zeugt auch die massive Unterstützung, die der Protest der Studierenden nicht nur aus den Universitäten, sondern aus praktisch jeder Richtung und aus fast allen politischen Lagern erhält.

Die Regierung hat den Studierenden keine Möglichkeit gegeben,

eine Stellungnahme abzugeben. Die Meinung der Betroffenen war nicht von geringstem Interesse (übrigens ein inzwischen des öfteren beobachteter Charakterzug dieser Regierung), und ihr verzweifelter Protest scheint es auch nicht zu sein. Die einzige Möglichkeit, Einspruch einzulegen und unseren Protest zu artikulieren, ist es, dies unter möglichst großer Beteiligung auf der Straße zu tun, in der Hoffnung, Gehör zu finden.

Genau hier liegt auch die Chance für jeden Einzelnen, seinen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.

DEINE KOHLE, DEINE STIMME, DEIN PROTEST!

„kostet ein Studierender ca. 40.000 öS pro Jahr – weniger als ein Schüler.“

Leben am und unterm Existenzminimum: Vom durchschnittlichen Einkommen der Studierenden

Jedem fern von zuhause Studierenden in Österreich sollten theoretisch mindestens 8330 öS monatlich zur Verfügung stehen. Diese Zahl ergibt sich aus der einfachen Rechnung „zumutbare Unterhaltsleistung der Eltern + Familienbeihilfe + Stipendium“ und sollte zumindest jedem, der schon mal um Stipendium angesucht hat, bekannt sein – denn gemäß österreichischen Studienförderungsgesetz wird aus dem Bruttoeinkommen der Eltern des Studierenden berechnet, wieviel an Unterhaltszahlungen ihnen „zuzumuten“ ist. Für den Fall, daß sich dabei weniger als 5360 öS pro Monat ergeben, wird der entsprechende Fehlbetrag als Stipendium bewilligt. Daß diese Annahme fern von jeder Realität liegt, hat nicht nur fast jeder schon am eigenen Leib und bei seinen Freunden erfahren – auch die Statistik spricht diesbezüglich Bände:

- Lediglich 22% der Studierenden haben im Monat mehr als 9000 öS zum Leben.

- 29% liegen zwischen 6000 öS und 9000 öS, 38% zwischen 3000 öS

und 6000 öS, und 11% müssen mit weniger als 3000 öS im Monat auskommen.

ein Ausschnitt aus der Studie „Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen“ von Sturn/Wohlfahrt

Weder im Hinblick auf Effizienz noch auf Verteilungs- und Chancengerechtigkeit gibt es alternative Finanzierungsformen, die vor dem Hintergrund des derzeitigen österreichischen Universitätssystems eindeutig überlegen sind.

Konträre Einschätzungen dieses Sachverhalts übersehen typischerweise eine Reihe von spezifischen Effizienz- und Gerechtigkeitsmängeln der vorgeschlagenen Alternativmodelle – oder sie spielen diese hinunter.

- Von diesen Studierenden arbeiten übrigens 61% dauernd oder zeitweise – dieses Einkommen ist in den oben genannten Zahlen schon inkludiert.

Woran liegt es nun, daß mehr als drei Viertel aller Studierenden zum Teil weit unter dem Existenzmini-

mum (das übrigens bei 8310 öS liegt) leben? Müßte nicht jeder von ihnen von den Eltern genügend Geld bekommen, und wenn das nicht möglich ist, Anspruch auf ein entsprechend hohes Stipendium haben?

Wahr ist ganz einfach, daß Studierende vom Zahlungswillen und der Zahlungsfähigkeit der Eltern abhängig sind. Hier wird eine der großen Schwächen des Studienförderungssystems sichtbar: Manche Eltern können nicht, obwohl sie laut Stipendienstelle können sollten (wenn z.B. Schulden zurückzahlen sind), und manche Eltern wollen nicht, obwohl sie könnten (Sicher, der Unterhalt wäre einklagbar – aber wer verklagt schon seine Eltern?). An den oben genannten Zahlen wird deutlich, daß ein Großteil der Studierenden durch das offenbar doch nicht so engmaschige Netz der „sozialen Abfederung“ durchfällt – und daß 10.000 von ihnen nun in den kleinen Kreis der Stipendienbezieher (zur Zeit ca. 13% von 230.000) aufgenommen werden sollen, wird für die übrigen nur ein sehr geringer Trost sein.



Evelin Fisslthaler

Vorsitzende der Fakultätsvertretung Naturwissenschaften